

Kurzfassung

Für eine lebenswerte
Zukunft in
Ostdeutschland

DIE LINKE.

**EUROPA**
NUR SOLIDARISCH

Der LINKE Plan für eine lebenswerte Zukunft in Ostdeutschland

Von gleichwertigen Lebensverhältnissen weit entfernt

»Eines ist in Ostdeutschland ganz deutlich zu sehen: Der Markt allein, die Fixierung auf eine Integration in den Weltmarkt wird es nicht richten.«

- Untersuchungsausschuss Treuhand
 - Landeskinderregelung für Verwaltung und Behörden
- »Ostpolitik« unter neuen Vorzeichen

»Die Wirtschaftskraft der ostdeutschen Flächenländer beträgt im Durchschnitt immer noch nur 68% im Vergleich zu den westdeutschen.«

LINKE Kriterien für eine zukunftsfähige und gerechte Entwicklung im Osten

- Gute Arbeit, regionale Wertschöpfung, Klimaschutz, demokratische Formen von Wirtschaft und Eigentum fördern, Daseinsvorsorge ausbauen, Ungleichbehandlung bei Löhnen und Renten beenden

1. Zukunft braucht Strukturen: Investitionen in soziale Infrastruktur

»Das Gefühl von Zusammenhalt und Verbundenheit hängt mit den realen Strukturen zusammen, die Menschen miteinander verbinden und die Gemeinsamkeiten stiften.«

1. Mehr Mobilität mit weniger Verkehr

- flächendeckend kostenfreier ÖPNB in 12 Jahren, Ausbau der Verbindungen, Stärkung der Fahrzeugproduktion im Osten

2. Öffentliche Gesundheitszentren für bessere Versorgung

- Statt Privatisierung, profitorientierten Pflegekonzernen und langen Wegen zum Arzt: wohnortnahe Gesundheitszentren, Gemeindepfleger*innen, öffentliche Plattformen für gute Arbeit in der Pflege.

3. Bildung und Wissenschaft

- Kita: Gute Betreuungsschlüssel festschreiben, Elternbeitragsfreiheit
- Schulen: Kommunen bei Planung und Ko-Finanzierung von Schulsanierung unterstützen
- Hochschulen: Mehr Hochschulen im Osten, Förderung von Verwaltungswissenschaften, Genossenschaftswissen, Pflege und Erziehung auf Hochschulniveau

4. Digitale Infrastruktur

- Regionale Breitband in öffentliche Hand, Kommunen und Genossenschaften
- Investitionsplan in digitale Infastruktur bundesweit 10 Mrd.
- Digitalbeiräte

5. Soziale Zentren im ländlichen Raum schaffen

- Soziale Zentren für Begegnung, Dienstleistungen, Selbstorganisation
- regionale Produkte und Vertriebsstrukturen
- Digitale Dörfer: Transparenz und Beteiligung durch smarte Kommunen

2. Löhne, Einkommen und Renten angleichen. Mehr Tarifbindung und stärkere regionale Wirtschaft

»Die Ostdeutschen arbeiten pro Jahr im Durchschnitt 67 Stunden länger und erhalten dafür durchschnittlich 5000 Euro weniger Gehalt als ihre westdeutschen Kolleginnen und Kollegen.«

- Tarifgebiete Ost und West abschaffen. Einheitliche Bezahlung bzw. Arbeitszeiten im ÖD.
- Tarifbindung und Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen fördern

Tariftreueklausel

»Öffentliches Geld nur für gute Arbeit.«

- keine Vergabe von Aufträgen oder Wirtschaftsförderung ohne Tariftreue (und Klimaschutz, regionale Wertschöpfung)

Vergabemindestlohn

- in Höhe des untersten Gehaltsklasse TdL
- Verstärkte Mindestlohn-Kontrolle

Rentenangleichung sofort

- Höherwertung der Einkommen erhalten bis Lohngleichheit erreicht ist.
- Solidarische Mindestrente

3. Soziale und beschäftigungspolitische Kriterien in der Wirtschaftsförderung

»Im Mittelpunkt steht die Herausbildung einer sozial und ökologisch nachhaltig funktionierenden Wirtschaftsstruktur, die ihre Abhängigkeit von großen Ketten und Konzernen überwindet – und damit auch die Funktion des Ostens als »erweiterte Werkbank« westdeutscher Betriebe.«

- Die Kriterien sind Tarifbindung, Ausschluss von Leiharbeit, Minijobs und sachgrundloser Befristung, feste Ausbildungsquoten, Frauenförderung und die Beschäftigung benachteiligter Beschäftigtengruppen.
- Große Aufträge nicht automatisch an Großkonzerne: Losgrößen so gestalten, dass regionale Akteure, Handwerksbetriebe und Genossenschaften gefördert werden.

Innovation und Demokratie

- Regionale Wirtschafts- und Sozialräte
- Landesentwicklungsgesellschaften
- Landesförderbanken
- Stärkung von Hochschulen und Studiengängen für gemeinwohlorientierte Verwaltungswissenschaften
- Förderung von Genossenschaften und Belegschaftsbetrieben, besonders in der Unternehmensnachfolge

Investitionsoffensive

Kommunen und Länder brauchen Unterstützung bei der Investitionsplanung.

- Regionale Schwerpunkte für Investitionen durch Wirtschafts- und Sozialräte festlegen
- Investitionen in Schulbau, Verkehrsinfrastruktur, Bau kollektiver Fahrzeuge
- Investitionshilfen in allgemeine soziale Infrastruktur für Willkommenskommunen

Eine Genossenschaftsoffensive für den Osten

- Gezielte Förderung von Genossenschaften & Belegschaftsbetrieben auch durch Auftragsvergabe aus öffentlichen Betrieben
- Genossenschaftliche und gemeinwohlorientierte Wirtschaftswissenschaften an den Hochschulen fördern
- Beratung und Entbürokratisierung: Unterstützung für Genossenschaftsgründung und -verwaltung, Übernahme von Betrieben

Exkurs: Zukunft in der Lausitz. Nach dem Ausstieg aus der Braunkohle

4. Wie wir das bezahlen

- Fördermittel nach Ostdeutschland aus **EU Fonds, GRW, ZIM etc. müssen in gleicher Höhe** erhalten bleiben und auf neue Kriterien ausgerichtet werden: Fördersumme: 8–10 Mrd. Euro im Jahr.
- **Solidarpakt III** für strukturschwache und Strukturwandel Regionen. Die weitere Abschaffung des Soli muss gestoppt werden. Einnahmen bis 2035 zur Förderung im Osten gesamt: 150 Mrd. Euro.
- **Ostquote** in den **Wirtschaftsförderprogrammen** von 30% des Fördervolumens.
- Die LINKE **Vermögensteuer** würde im Jahr 80 Mrd. Euro bundesweit einbringen; davon 15 Mrd. Euro für die östlichen Bundesländer inklusive Berlin.

www.europa-nur-solidarisch.de

